

Verlagsgesellschaft

Verlagspreis: die Spalte 20 mm breite Seite 4 Pf. für Familienanschlüsse 6 Pf. 30: Abgabestelle können wie keine Grundstücke sein.

# Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, 8. April 1937

Wöchentliche Bezugspreise durch Träger einl. 20 Pf. km. 40 Pf. Trägerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich 40 Pf. Zustellungsgebühr, zugl. 20 Pf. Post-Behälter. Einzelhefte 10 Pf. Sonnabend- u. Feiertags-Nr. 20 Pf. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf der Bezugsfrist schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unfreie Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Verlagsleitung: Dresden-N., Völkerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21012. Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsdruckerei u. Verlag Dr. u. G. Witzel, Völkerstr. 17, Fernruf 21012, 21013; Nr. 1020, Bank: Städtische Dresden Nr. 24787

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebsstörungen hat der Verleger über Werbungsstellen keine Gewähr, falls die Zeitung in beschränkter Umfang, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort: Dresden

## Göring vor dem Gemeindetag

Förderung der neuen deutschen Wertstoffe durch die Gemeinden — Steuererhöhung seitens der Gemeinden müssen unterbleiben

### Der Einsatz der Gemeinden bei Durchführung des Vierjahresplanes

Berlin, 8. April. Den letzten Vortrag auf der Jahreskonferenz des Deutschen Gemeindetages hielt der Reichliche Ministerpräsident Generaloberst Göring.

Der Ministerpräsident erläuterte einleitend, daß er keine spezifisch gemeindlichen Probleme zur Erörterung stellen wollte, sondern den deutschen Gemeinden ihren Einsatz beim Vierjahresplan aufzeigen werde. Bei der Durchführung des Vierjahresplanes ständen zwei große Aufgabengebiete im Vordergrund:

Die Steigerung der Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiete bis zu dem möglichen Höchstmaß und die Umstellung auf neue Rohstoffe in der gewerblichen Wirtschaft.

Auf dem Gebiete der Ernährung gelte es, die Spanne von 12 u. 5, die heute noch an der Verfertigung fehle, rasch weiter zu verringern. Der Ministerpräsident gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Landwirtschaft seine Förderung erfüllen werde und unterstrich besonders die Tatsache, daß dank der großen Marktordnung des Reichslebensstandes der deutsche Preis nicht gedrückt werde, im Gegensatz zu den verheerenden Folgen der internationalen Getreideproduktion. Darüber noch als die landwirtschaftliche Erzeugung stehe die Steigerung der gewerblichen Produktion im Interesse der Öffentlichkeit. Hier sei es notwendig, durch technische Ausnutzung chemischer Erfindungen die einheimischen Rohstoffe so zu verarbeiten, daß ihre Verwendung an Stelle der ausländischen Stoffe erfolge. Dies sei in der Wirtschaftsgeschichte durchaus nicht neu und lediglich die Furcht vor dem Verlust der Absatzgebiete in Deutschland stehe hinter den Einwendungen, mit denen vom Ausland her versucht werde, den Deutschen die Freude an diesen Erfindungen zu verleidern. Die Erfolge, wie sie bisher in der Textilindustrie, in den Erfahrungen mit dem deutschen Treibstoff, dem Buna usw. gemacht werden konnten, hätten die Sinnlosigkeit dieser Legende um angebliche „Erschöpfung“ restlos bewiesen.

So sei die besondere Aufgabe aller Verantwortlichen, die im öffentlichen Leben stehen, den Verbrauch der neuen deutschen Wertstoffe in jeder Weise zu fördern und gegen veraltete Vorurteile und die übliche Scheu vor dem Neuen anzukämpfen.

Der Vierjahresplan ergreife alle Zweige der deutschen Wirtschaft. So führt der Ministerpräsident fort; umso mehr müssen alle öffentlich-rechtlichen Organisationen und dabei auch gerade die Gemeinden am Gelingen mithelfen zunächst durch Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung. Die Gemeinden müssen auf der Ausgabenseite sich dort Zurückhaltung auferlegen wo sie durch verlässliche Nachfrage die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung für den Vierjahresplan noch vermehren. Der Führer hat sich in seiner weitwärtigen Politik vornehmlich drei Städte in Deutschland durch bauliche Maßnahmen größten Stils besonders auszuzeichnen und zu entwickeln.

Sie wissen es alle, es handelt sich um Berlin, München und Hamburg. Diese Aufgabe hat ihre besondere Bedeutung, sie wird selbstverständlich durchgeführt werden. Es ist aber nicht notwendig, daß nun jede andere Stadt glaubt, zur gleichen Zeit ebenfalls ein Neubauprogramm durchführen zu müssen. Hier müssen sich die Gemeinden in die Stufenfolge der Dringlichkeit einordnen.

Als zwingende Notwendigkeit einer allgemeinen Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden müssen Steuererhöhungen unterbleiben. Ich habe den erfreulichen Eindruck, daß es den Gemeinden in den letzten Jahren schon gelungen ist, ihre Finanzwirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen und manche Schulden der Systemzeit abzulösen. Neuaufwendungen, die zu Steuererhöhungen führen, müssen aber zurückgestellt werden, da die Finanzkraft des Volkes für die großen nationalen Aufgaben eingesetzt werden muß. Umgekehrt dient es der Förderung der Zwecke des Vierjahresplanes, wenn die Gemeinden entsprechend den Anweisungen des Reichsministers des Innern alles daran setzen, die indirekten Steuern, die in den Verordnungen enthalten sind, zu senken. Besonders für ländliche Gemeinden hängt für die Erzeugungsschlacht sehr viel von der Bereitstellung billiger Energie ab, denn sie bietet in erster Linie auf die Dauer die Möglichkeit, der überlasteten Bauernfrau das Leben leichter zu gestalten und manche Weibungen zu mildern, die durch die Knappheit an Landarbeitern entstanden sind. In städtischen Verhältnissen wird durch Senkung der Tarife insbesondere auch eine fühlbare Entlastung des Arbeiterhaushaltes zu erreichen sein.

Neben diesen mehr allgemeinen Maßnahmen treten eine Reihe von Sonderaufgaben,

mit denen gerade die Gemeinden sich in den Dienst des Vierjahresplanes stellen müssen. Wenn auch die größeren Unternehmungen des Vierjahresplanes aus anderen Mitteln finanziert werden, so werden die kommunalen Kreditinstitute, vor allem die Sparkassen, durch ihre Kreditpolitik bei vielen kleineren Unternehmungen mithelfen können. Ich denke dabei vor allem an die Gewährung mittelfristiger Kredite an die Landwirtschaft, ohne die den Notwendigkeiten raschster Intensivierung nicht Rechnung getragen werden kann. Ich weiß, daß gerade diese Aufgabe bisher mancherlei Schwierigkeiten begegnet ist; die Erörterungen über eine Neuorganisation stehen vor dem Abschluß und manche Neuordnung verhandelt ist, erwarte ich von den Gemeindeführern in ihrer Eigenschaft als Leiter öffentlicher Sparkassen, daß sie ihre Institute restlos in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Es muß natürlich darauf geachtet werden, daß die Sparkassen des „kleinen Mannes“ mit der notwendigen Sorgfalt verwaltet und angelegt werden.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

### Die neue höhere Schule

In diesen Tagen werden zum ersten Male unsere Jungen und Mädchen bei Beginn des neuen Schuljahres praktisch erfahren, welche Neuerungen die Schulreform mit sich bringt, die durch die Erlasse des Reichserziehungsministers von Ostern 1937 an vorgezeichnet sind. Eine Reihe von Uebergangsbestimmungen haben eindeutig erkennen lassen, welche Absichten hinter dieser einschneidenden Aenderung von Staatswegen stehen und zugleich auch welche hohe Ausgaben der höheren Schule im Aufbauplan des neuen Deutschland zugedacht sind. Die in die Augen fallendste Bestimmung, die auch zugleich die populärste geworden ist, ist die Verkürzung der Gesamtschulzeit um ein Jahr. Mit ihr ist Deutschlands Jugend unmittelbar einbezogen in den Vierjahresplan. Denn was bisher an unseren höheren Schulen in dreizehn Jahren geleistet wurde, muß jetzt in zwölf Jahren erreicht werden. Um einen Uebergang zu erzielen, sollen die Bildungsstoffe der vier oberen Klassen jetzt schon in drei Jahre zusammengefaßt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß die Verkürzung der Schuldauer keineswegs eine Herabsetzung der Leistungshöhe bedeutet. Es wird im Gegenteil darauf hingewiesen, daß bei der künftigen Ausrichtung der Schularbeit auf ein gemeinsames Ziel, bei entsprechender Sichtung des Stoffes und zweckmäßiger Gestaltung der Methode die Leistungen der Schule volksnäher und größer werden als bisher. Reichsminister Dr. Rust hat dabei unterstrichen, daß sein Entschluß aus der Rücksicht auf die bevölkerungspolitischen Forderungen des Dritten Reiches erwachsen sind. Ein alter Uebelstand, der sich unter den deutschen Akademikern seit vielen Jahrzehnten verheerend auswirkte, wird dadurch zum gut Teil beseitigt werden. Es soll in Zukunft nicht mehr solange wie bisher dauern, bis Angehörige führender Berufe zum Heiraten kommen, obwohl die Arbeits- und Wehrdienstpflicht wiederum mehrere Jahre der Berufsausbildung hinzufügen.

Neben dieser mehr äußerlichen Neuordnung erweist sich vor allem die Vereinheitlichung des deutschen Schulwesens als ein Ereignis. Ist es doch allen Schulreformen, die innerhalb unserer Reichsgrenzen seit mehr als hundert Jahren versucht wurden, mißlungen, das hier besonders in Erscheinung tretende Erbübel der Zerstückelung zu beseitigen. Die meisten erfinden zu den alten Systemen neue hinzu. Es ist bezeichnend, daß allein in Preußen zuletzt mehr als 40 Typenformen der höheren Knabenschule vorhanden waren. Denkt man allein an die Schäden, die dadurch entstanden, daß viele Kinder mit ihren Eltern ein- oder mehrere Male während der Gesamtschulzeit den Wohnort wechseln mußten, so versteht man, welche unermesslichen Reue diese Reform hervorruft. Die grundsätzliche Hauptform wird in Zukunft die deutsche Oberschule sein. In ihr sind zwei Pflichtfremdsprachen vorgegeben — zuerst Englisch, dann Latein — und in der Oberstufe dann eine dritte Fremdsprache als Wahlfach. In dieser Oberstufe bestehen in Zukunft nebeneinander: eine mehr sprachlich und eine mehr naturwissenschaftlich-mathematisch orientierte Klassengruppe bei den Jungen. Die Oberschule der Mädchen hat an Stelle des naturwissenschaftlich-mathematischen Zweiges eine hauswirtschaftliche Klassengruppe. Die bisherige aus der neuhumanistischen Reform Wilhelm von Humboldts und J. W. Siewerts kommende Gestalt des humanistischen Gymnasiums, die dann unter Johannes Schulze vor fast genau 100 Jahren für ganz Preußen die unumschränkt herrschende Einheitschule wurde und die gegen Ende des vorigen immer stärker technisch und zweckhaft-praktisch eingestellten Jahrhunderts durch das Realgymnasium und die Oberrealschule ihre Monopolstellung schon wieder verlor. Dieses Gymnasium ist damit endgültig an die zweite Stelle gerückt. Es wird als Nebenform auch in Zukunft bestehen bleiben. Latein ab Sexta, Griechisch ab Quarta (nicht wie bisher ab Untertertia) und Englisch (jetzt als Pflichtfach) ab Obersextunda werden das Gesicht dieser Schule bestimmen. — Die dritte Form stellt die Husbau-Schule dar. Sie ist grundsätzlich mit Internaten verbunden und durch eine sechsjährige Grundschulzeit vorbereitet. Ihre erste Fremdsprache ab Sexta ist ebenso wie bei der Oberschule das Englische und ab Obertertia als zweite Fremdsprache das Latein.

Damit findet eine lange und nicht leicht überflüssige Entwicklung deutschen Schulwesens ihren vorläufigen, vielleicht endgültigen Abschluß. Die Tendenz der Reform zielt offensichtlich auf eine Verbindung der Erziehung zur Lebensbrauchbarkeit mit der Vertiefung und dem Ausbau einer ganzheitlichen Bildung. Man hat das Latein für unentbehrlich erklärt für das tiefere Verständnis unserer geschichtlichen Entwicklung und vor allem für gewisse Studien. Minister Rust, der selbst in diesen Tagen in der Welt der Antike wandelt, die Akropolis besucht hat und in einäcker Aeth die Ausgrabungen in Olympia durch den

## Polens Kampf gegen Preissteigerungen

### Zastrebcki Preisminister

Warschau, 8. April. Die Maßnahmen, die der polnische Ministerrat zur Bekämpfung der Preissteigerungen gestern beschlossen hat, werden in der amtlichen Verkaufsanordnung damit begründet, daß einer ungerechtfertigten Preissteigerung und Spekulation energig entgegengetreten werden müsse. In Zeiten der Preissteigerungen stehe Polen mit an erster Stelle der europäischen Staaten. Diese übermäßig schnelle Preissteigerung herbe zu führen auf dem Anzeichen der ausländischen Rohstoffe und Lebensmittelpreise, zum Teil auf dem Bestreben, so schnell wie möglich die Schäden der langjährigen Krise wieder auszugleichen, zum Teil auch auf ausgedehnten spekulativen Grundlagen. Weitere Preissteigerungen würden erhebliche Schäden für die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen, sowie für die Bewirtschaftung der Arbeitspläne der Regierung und die Beschäftigung der Arbeiter. Aus diesen Gründen habe der Ministerrat beschlossen, den Preissteigerungen mit allen Mitteln wirtschaftlicher und verwaltungsmäßiger Art entgegenzutreten. Neben der Einstellung des Exportes von Wolfram habe der Ministerrat auch die Ausmahlung des Getreides festgesetzt.

Die Vollmachten der durch den Ministerrat berufenen Preisregelungskommission gehen außerordentlich weit. Die Kommission wird mit allen Ministerien und Staatsämtern zusammenarbeiten. Sie hat die Befugnis, die Einfuhrkontingente und die Devisenzuteilung zu erhöhen, Zölle zu ermäßigen oder aufzuheben und die Eisenbahntarife festzusetzen.

Nach Meldungen der polnischen Presse soll an die Spitze der Preisregelungskommission als Preisminister der stellvertretende Minister für soziale Fürsorge Zastrebcki berufen werden.

### Schreckensstaten koreanischer Räuber

500 Menschen ermordet und verbrannt.

Tohka, 8. April. (Ostasiendienst des DPA.) Ein Postgebot auf Keijo auf Korea meldet die Entdeckung einer Reihe furchtbarer Verbrechen, denen über 500 Menschen zum Opfer gefallen seien.

Bei Ausgrabungen in Keijo habe man mehrere hundert Leichen gefunden, die teilweise verbrannt gewesen seien. Die Untersuchung habe ergeben, daß es sich um die Ueberreste Ermordeter handele, die einer gutorganisierten Räuberbande in die Hände gefallen seien. Die Anführer der Bande seien bereits verhaftet worden. Sie hätten gekündigt, die Bande unter dem Deckmantel einer religiösen Sekte organisiert zu haben. Im Laufe der Zeit habe die Bande über 500 Koreaner überfallen und ausgeraubt. Die Ermordeten seien dann in einem Walde bei Keijo vercharrt worden.

### Juden sind nicht mehr Gemeindeglieder

Berlin, 8. April. In einem Rundschreiben gibt der Reichsinnenminister weitere Ausführungsanweisungen zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung. Darin zieht er nun auch in diesem Verwaltungsrechtlichen Rahmen die Folgerungen aus den Nürnberger Gesetzen. Bisher war Bürger der Gemeinde jeder deutsche Staatsangehörige, der die sonstigen Voraussetzungen des Paragraphen 19 DVO erfüllte. Nunmehr ist Bürger der Gemeinde jeder Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der am 30. 9. 1935 das Reichstagswahlrecht verloren hat oder dem das vorläufige Reichsbürgerrecht verfallen wurde. Die sonstigen Voraussetzungen sind unverändert geblieben. Hiernach sind, wie der Minister feststellt, Juden nicht mehr Gemeindeglieder.

Seite 8  
Börsen  
Wochenbericht  
Da das  
über  
berühmt  
1936  
Eobank  
Staats-  
würde,  
D. R. W.  
offenen  
einer  
Bank  
tagzeit  
Dresden  
17.  
gültig  
ben  
G.  
Tage  
dies  
Er  
stör-  
pöler  
jens  
Ber-  
an  
G. 1.  
r  
(8)  
René  
ella:  
Da-  
nold;  
über;  
ener:  
luna:  
lich;  
bern;  
efch-  
winn:  
amp;  
nann;  
raub.  
ein  
en  
38  
ken  
decken  
en mit  
reisen  
markt 2  
e  
tikel  
bel  
F  
ul 2015  
sander